

Az.: 632.700.000

Öffentliche Sitzung des Gemeinderats am 27. Juni 2007

R. Pr. Nr. 70

Erstellung eines einfachen Bebauungsplanes für den bebauten Bereich entlang des Horbachparks

- Antrag der Freien Wähler und anderen vom 25. April 2007

Beschluss: (einstimmig)

Der o. g. Antrag der Freien Wähler und anderen, wird zur Vorberatung an den Ausschuss für Umwelt und Technik verwiesen.

- - -

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

Die Freien Wähler stellten mit Unterstützung der Stadträtinnen und Stadträte Saebel, Siess, Künzel, Hofmeister, Waldenmaier, Dr. Asché, Hadasch und Riedel, mit Schreiben vom 25. April 2007 folgenden Antrag:

„Antrag zur Erstellungen eines einfachen Bebauungsplanes

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Büsse-maker,

die Unterzeichner beantragen:

für den bebauten Bereich entlang des Horbachparks wird ein einfacher Bebauungsplan aufgestellt, mit dem Ziel, den weichen Übergang von der Wohnbebauung zum Horbachgelände, mit Erhaltung des derzeitigen Grünstreifens, zu sichern.

Wir beantragen außerdem, dass bis zum Zeitpunkt an dem dieser Bebauungsplan Gültigkeit erhält, ein sog. Veränderungsverbot zu erlassen.

Begründung:

In diesem Bebauungsplan sollten insbesondere der Abstand der Gebäude zum Horbachpark in Form einer Baugrenze geregelt und festgesetzt werden, um ein Heranrücken an das Parkgelände durch massive Bauvorhaben auszuschließen. Des Weiteren ist unter Berücksichtigung der städtebaulichen Gesamtsituation eine maximale Trauf- und Firsthöhe für diesen Bereich festzusetzen. Somit wäre bei entsprechender Festlegung ein weicher Übergang einer zukünftigen Wohnbebauung zum Parkgelände gewährleistet.

Durch diese Vorgaben bzw. Festlegungen eines einfachen Bebauungsplanes wäre für alle Bauherren und Investoren der rechtliche Rahmen einer zukünftigen Bebauung und Entwicklung in diesem Bereich vorgegeben.

Mit freundlichen Grüßen
Sarah Lumpp

Für das Quorum:

Stadträtin Saebel
Stadtrat Siess
Stadtrat Künzel (für die FDP)
Stadträtin Hofmeister
Stadtrat Waldenmaier
Stadtrat Dr. Asché
Stadtrat Hadasch
Stadträtin Riedel“

- - -

Stellungnahme der Verwaltung:

Zum o. g. Antrag erarbeitet derzeit das Planungsamt - in Abstimmung mit dem Ordnungsamt - eine Vorlage für den Gemeinderat.

- - -

Stadträtin Lumpp erläutert den Antrag der Freien Wähler. Sie berichtet, dass Anlass für diesen Antrag das Bauvorhaben war, von dem in den BNN berichtet worden sei. Sie spricht sich gegen eine weitere Bebauung bzw. Verdichtung in diesem Bereich aus. Des Weiteren müsse eine einheitliche Regelung für alle getroffen werden, da die bisherige Regelung nach § 34 des Baugesetzbuchs „Einfügen in das Gesamtbild“ hier nicht mehr ausreiche.

Stadtrat Müller stimmt dem Beschlussvorschlag zu und verweist auf die weitere Diskussion im Ausschuss für Umwelt und Technik.

Stadträtin Kölper stimmt dem Verweis ebenso zu. Sie ergänzt, dass für sie noch viele Fragen bezüglich des Planungsrechts offen seien und die derzeitige Regelung die sei, dass sich die Maßnahme in das Gesamtbild „einfügen“ müsse.

Stadträtin Seifried-Biedermann stimmt für die SPD-Fraktion dem Verweis zu.

Stadträtin Zeh stimmt dem Beschlussvorschlag ebenso zu und weist darauf hin, dass mit der FE-Fraktion abgestimmt sei, dass sie als Stellvertreterin im Ausschuss für Umwelt und Technik den Antrag nochmals erläutern werde.

Stadtrat Siess hält den Antrag für sinnvoll und stimmt dem Verweis zu.

Stadtrat Dr. Böhne stimmt dem Beschlussvorschlag mit dem Hinweis zu, dass Anlass die Vorgänge im Asamweg gewesen seien.

Stadtrat Foss erkundigt sich, ob der Verwaltung bekannt sei, warum der Bauantrag zurückgezogen wurde.

Bürgermeisterin Petzold-Schick bejaht dies mit dem Hinweis, dass sie hierzu nichtöffentlich berichten werde.

Ohne weitere Aussprache wird einstimmig oben stehender Beschluss gefasst.

- - -